

Deutschland hängt in der Luft: Auf was sich Sparer und Anleger gefasst machen können

17.10.2021 | [Claudio Grass](#)

Die Wahl vom 26. September war ein extrem knappes Rennen, bei dem sich die Augen der ganzen Welt auf das Land richteten, als es sich bemühte, einen Nachfolger für Angela Merkel, eines der einflussreichsten und dienstältesten Staatsoberhäupter Europas, zu finden. Doch selbst nach Auswertung der Ergebnisse hatte sich die Spannung noch nicht gelegt.

Die zwei größten Parteien des Landes, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Mitte-rechts-CDU/CSU beeilen sich, eine Koalitionsregierung zu bilden und visieren zu diesem Zweck dieselben kleineren Parteien an: die umweltbewussten und extrem links-tendierenden Grünen und die Freie Demokratische Partei (FDP). Dieser Vorgang könnte Wochen dauern, wenn nicht Monate, und das Einzige, was bisher ganz offensichtlich ist, ist die Tatsache, dass Deutschland - egal wer die Partezusammenstellung dieses Allianzrennens auch gewinnen wird - eine scharfe Kehrtwende nach links machen wird, hin zu größerer Vermögensumverteilung und stärkerer Kontrolle durch den Staat.

Ein Politiker bleibt ein Politiker

Die Bemühungen, eine Koalitionsregierung zu etablieren, enthüllten die Scheinheiligkeit und strukturellen Absurditäten, die es im heutigen politischen System gibt, nicht nur in Deutschland oder ganz Europa, sondern allgemein im Westen. Während der Nation "Kompromisse" ihrer politischen Oberhäupter, um ihre Macht zu sichern, nicht fremd sind, haben die ideologischen Turnübungen der Parteien diesmal schon fast etwas Humoristisches an sich. Zwischen den angehenden Regierungspartnern gibt es gigantische politische Klüfte und regelrechte Widersprüche. Ein Blick auf die Wahlversprechen und politischen Plattformen aller Partien verdeutlicht diesen Punkt.

Selbst hinsichtlich grundlegender Themen und Prinzipien stimmen die Grünen und die FDP, die größtenteils als die "Königsmacher" angesehen werden, praktisch in gar nichts überein, während sie zudem wenig Gemeinsamkeiten mit der SPD oder der CDU/CSU haben. Sie sind unterschiedlicher Meinung in Bezug auf Klima-, Finanz- und Steuerpolitik und vertreten sogar grundlegend unterschiedliche Wirtschaftstheorien. Im Prinzip leben die vier Lager vollkommen unterschiedliche Versionen der Realität.

Das mag nun wie eine unmöglich zu durchbrechende Barriere erscheinen, vor allem für Wähler, die in gutem Vertrauen an Wahlen teilnehmen und noch immer glauben, dass es wirkliche ideologische Unterschiede zwischen den Kandidaten gibt, die sich auf praktische Weise manifestieren werden, sobald diese das Amt übernehmen. Doch für diejenigen unter uns, die die politische Geschichte kennen und die ihre Lektionen aus der Vergangenheit gelernt haben, kommt nichts von dem, was derzeit in Deutschland geschieht, überraschend.

Seit Menschengedenken haben Politiker und Herrscher aller Couleur bewiesen, dass ihre Macht- und Kontrollsucht viel stärker ist als jedes ihrer ideologischen Prinzipien oder gar ihr Pflichtgefühl gegenüber dem Volk. In diesem Sinne ist das, was sie vereinigt, viel widerstandsfähiger und verlässlicher als das, was sie entzweit. Die Machtsicherung ist kein Mittel zum Zweck, sondern das Ziel an sich.

Eine realistische Bewertung

Seit der Wahl wurde von politischen Analysten und "Experten" aller Art beim Versuch, die politischen Auswirkungen jeder möglichen Koalitionskombination zu prognostizieren, eine Menge Tinte vergeudet. Oftmals studieren diese die getätigten Aussagen und Bilanzen jeder Partei sehr detailliert und versuchen zu erraten, wo Kompromisse eingegangen werden und Vereinbarungen getroffen werden könnten und was das wiederum für Steuerzahler, Investoren, verschiedene Branchen sowie die Wirtschaft im Allgemeinen bedeuten könnte.

Doch all diese ausführlichen Analysen und Prognosen basieren auf der fehlgeleiteten Annahme, dass derjenige, der das Amt bekleiden wird, tatsächlich eine Vielzahl an Wahlmöglichkeiten hat und dass die einzige Einschränkung die Ideologie und der politische Kuhhandel sind.

Selbst wenn wir annehmen würden, dass die Politiker tatsächlich den Menschen, die sie gewählt haben, und

ihren Interessen gegenüber loyal sind, so lässt die Situation, in der wir uns heute befinden, einfach keinen Raum für eine Regierung, eine andere Richtung einzuschlagen als die, die wir überall in der entwickelten Welt bereits beobachten können.

Seit dem Beginn der COVID-Krise hat eine historische, seismische Veränderung innerhalb der weltweiten, politischen Arena stattgefunden. Der Staat hat eine zentrale Rolle im Leben der Bürger angenommen, der Druck zur weiteren Zentralisierung wurde intensiviert, die Zentralplanung wurde auf alle Bereiche der Wirtschaftsaktivität ausgeweitet und einige der grundlegendsten Freiheiten, die einst unbestreitbar waren, wurden nun durch die falsche Versprechungen von Sicherheit ersetzt.

Währenddessen liegt die Realwirtschaft in praktisch allen Industrieländern in Trümmern, durch niemals endende Lockdowns und Beschränkungen dezimiert. Der staatliche Interventionismus hat den Großteil der produktiven Aktivität zerstört, während rücksichtslose Geld- und Fiskalpolitik bereits eine Ära eingeläutet haben, die mit steiler und langanhaltender Inflation einhergehen soll. Aus der Sicht der Zentralbanker ist die einzige Möglichkeit, eine harsche Krise abzuwenden und ihre Macht zu erhalten, noch viel mehr, von dem zu tun, was sie bisher getan haben.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Schaden für die Wirtschaft so tiefgreifend und so unwiderruflich, dass jeder Versuch, die fiskal- und geldpolitische "Lebenserhaltung" einzustellen, zweifelsohne zu einer der schlimmsten Krisen führen wird, die wir je gesehen haben. Natürlich wäre dies schmerhaft, doch notwendig, wenn es etwaige Hoffnung geben soll, dass sich jemals wieder ein gesundes und nachhaltiges Wirtschafts- und Finanzsystem entwickeln soll; doch die öffentliche Wut und die sozialen Unruhen, mit welchen dies einhergehen würde, machen diese Option nicht nur politisch unhaltbar, sondern praktisch undenkbar für jede Regierung.

Ein deutlich stärkerer Staat, strengere Regulierungen, mehr Schulden, hohe Ausgaben und Vermögensumverteilung sind die einzige realistischen Möglichkeiten für jede politische Partei, unabhängig von ihren erklärten Zielen und Manifesten. Der einzige Unterschied wird hier wahrscheinlich die "Verpackung" sein.

Der Klimawandel kann als Rechtfertigung für behördliche Regulierungen ganzer Branchen sowie höhere Steuern dienen; die Sicherstellung, dass jeder seinen "gerechten Anteil" zahlt, kann dazu verwendet werden, produktive Klassen innerhalb der Gesellschaft zu bestrafen und Sparger, verantwortungsbewusste Investoren und Geschäftsführer ins Visier zu nehmen, während "soziale Gerechtigkeit" als ein Argument für Maßnahmen wie Mietkontrollen, Schuldenerlass und sogar Enteignungen von Eigentum herhalten kann.

© Claudio Grass
www.claudiograss.ch

Dieser Artikel wurde am 11.10.2021 auf www.goldandliberty.com veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de
Die URL für diesen Artikel lautet:
<https://www.goldseiten.de/artikel/511762--Deutschland-haengt-in-der-Luft~-Auf-was-sich-Sparer-und-Anleger-gefasst-machen-koennen.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).
